

Terrorismus und Freiheitsrechte

Wolf R. Dombrowsky

Ein erster Zugang

Die Anschläge des 11. September 2001 sind nicht ohne die Bildeinbrennung einschlagender Flugzeuge denkbar (vgl. Beuthner et al. 2003) und nicht mehr frei von Worteinbrennungen kommunizierbar. Vom ersten Moment an formierten Sprachregelungen Verständnis und Begreifen, formatierten *spins* die Realität zur Wirklichkeit. Was seitdem wirkte und bis heute Wirkung zeigt, ist eine andere Realität, als die der unmittelbaren Anschläge. Sie machte aus den Anschlägen Anschläge auf das globale Bewusstsein mit der Folge, dass immer weniger zwischen *spins* und Spinnereien unterschieden werden kann, kaum noch zwischen "richtigen" und "falschen" Vorstellungen und am wenigsten zwischen "moralisch" und "unmoralisch".

Gibt es überhaupt noch eine "richtige" und "moralische" Sichtweise auf den 11. September und die durch dieses Datum symbolisierte Realität? Schon die Klassifizierung ist Weltanschauung pur. War es internationaler Terrorismus, war es Islamischer Fundamentalismus, war es Krieg? Und wenn Krieg, worauf Präsident Bush mehrfach insistierte¹, war es dann Krieg *gegen* die USA, gegen den Kapitalismus oder gegen die gesamte freie Welt - oder umgekehrt, die Gelegenheit *für* einen Krieg?²

Die Unterscheidungsverluste beunruhigen. Längst lassen sie nicht mehr nur die weltanschaulichen Grundfesten politisch sensibler Individuen ins Wanken geraten, sondern die Integrität westlicher Politik, letztlich des abendländischen Denkens selbst. Schritt für Schritt findet eine Transformation statt, die uns verlieren lässt, was uns auszumachen schien. War es am Ende nur schöner Schein? In der Tat muss man sich fragen, ob überhaupt (noch?) etwas zur Disposition steht, da doch wirksamer Widerspruch, gar Widerstand ausbleiben? Offensichtlich

¹Präsident Bush sprach wiederholt von einem Krieg gegen den Terror. So in seiner "Address to a Joint Session of Congress and the American People" am 20.09.2001, 9:00-9:41 (<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>), in einer Pressemitteilung des Weissen Hauses (19.03.2004): "President Bush Reaffirms Resolve to War on Terror, Iraq and Afghanistan" (<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2004/03/20040319-3.html>) oder in einer Sendung der BBC (02.06.2004), in der er den "war on terror" als "struggle between freedom and tyranny similar to World War II" bezeichnete (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/3771401.stm>). Gleichwohl wird den Terroristen der Status von Soldaten (Kombattanten) verweigert, zugleich aber auch der von Verbrechern.

²Jörg Fisch (2002) erörterte die Folgen für die demokratischen Rechtsgrundlagen, wenn Terror und Krieg nach Belieben vermengt und bewusst gegen die jeweiligen Implikationen verstoßen wird. Vor allem fragt Fisch, warum die sogenannte "freie Welt" diese Vermengungen widerspruchslos hinnimmt?

ist sowohl das vorbeugende Einsperren als auch das vorbeugende Umbringen von Menschen³ kein Problem mehr, schützt Staatsbürgerschaft nicht mehr vor Verschleppung, Rechtlosigkeit und Folter. Im Namen des Kampfes gegen den Terror werden zunehmend mehr die Mittel des Terrors angewandt, wodurch unausweichlich eine Dynamik in Gang kommt, an deren Ende nichts und niemand mehr zu unterscheiden sein wird.

Exakt diese Ununterscheidbarkeit ist unsere Zukunft. Ob daraus ein unterschiedsloser Terrorismus wird, der das 21. Jahrhundert charakterisiert, wie der Kalte Krieg das vorherige, ist jedoch noch nicht entschieden.⁴ Welche Entscheidungen zu treffen sind und worüber überhaupt entschieden werden muss, schient derzeit allerdings unklarer denn je. Gibt es einen "Entscheidungsbaum der Vernunft", einen der "Moral", einen der "Gerechtigkeit", einen für und einen gegen den Terror?

In der Sprachregelung von Demokratien herrscht Wettbewerb um Mehrheiten, erscheinen die Wettbewerber unabhängig von ihrer Machtchance als formal gleiche "stakeholder". Angesichts von 6,5 Milliarden Menschen auf einem immer knapper werdenden Planeten gerinnt diese Rede zum Euphemismus. Die meisten sind "at stake", buchstäblich Riskierte am Rande des Überlebens und fern jedem Vermögen; für sie geht es immer härter ums nackte Auskommen. In den Industrieländern geht es unten zunehmend mehr um ein Einkommen, oben um immer größere Vermögen.⁵ An den Rändern werden Druck und Gegendruck zuerst sichtbar. Beidem lässt sich mit Mauern und Zäunen kaum mehr begegnen, schon gar nicht auf Dauer.⁶ Also werden die Bajonette aufgepflanzt, alsbald auch nach Innen, weil die Riskierten allerorten als Risiko erscheinen. Wem sieht man schon den Selbstmordattentäter an? Könnte nicht jeder Schläfer sein und Täter werden? Aber auch fern der Ränder, in den sicher gewählten Kernen, wachsen die Reservoirs der Riskierten und ihrer Risiken. Sie heißen Banlieue, Koranschule, Moschee, inzwischen auch Kiez, Arbeitsagentur und Internetcafé, in ihnen vermutet man die

³So muss man die Absicht verstehen, Zivilflugzeuge abschießen zu wollen, wenn sie von Terroristen gekapert und (vermutlich) als Waffe benutzt werden sollen (vgl. Prantl 2005 und Gertz 2005).

⁴In einem "Streit-Gespräch" zwischen Otto Schily und Günther Beckstein (Welt am Sonntag Nr. 37 vom 11.09.2005:6-7) stimmten beide überein, dass der "Kampf gegen den Terror" noch "Jahrzehnte" dauern werde. Den langen Vorlauf werden beide kennen. Schon 1995 schrieb J. Chretien, Autor der Studie "Terror 2000" des Pentagon auf der Suche nach dem neuen Feindbild: "Wir müssen unsere Leute in die Terrorszene einschleusen, um rechtzeitig herauszubekommen, was sie vorhat. Alle Staaten müssen kooperieren. Und sie müssen lernen, auf derselben Ebene zu denken wie die Terroristen" (294).

⁵Diese Zusammenhänge thematisiert auch Meinhard Miegel (2005), wenn er fragt, ob der Westen die Zukunft gewinnen kann angesichts immer härterer Verteilungskämpfe und immer brutalerer Exkludierungsstrategien gegenüber den Habenichtsen.

⁶Zäune zur Abschottung vor illegaler Zuwanderung finden sich entlang der Grenze zwischen Mexiko und den USA sowie um die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Afrika. Die Mauer in und entlang der von Israel besetzten palästinensischen Gebiete dient dagegen der Abriegelung. Die eindrücklichste Bebilderung des Zuwanderungsdrucks aus Afrika schilderte der 1990 von der BBC für die "One World Week" produzierte Filmbeitrag "Der Marsch" von William Nicholson (siehe auch Finkenzeller 2005).

Verführbaren, die Willigen, die Mutwilligen, die Unterstützer und Desperados. Analog zu Schläfern und weckbaren Tätern wird auch hier unterstellt, dass aus Hackern und Spammern Cyberterroristen, aus Arbeitslosen Radikale, aus Kiezbewohnern Gangs und aus jugendlichen Eiferern Auszubildende in fernen Trainingslagern und daraus ganz zwangsläufig willfährige Gotteskrieger werden.⁷

Die Verallgemeinerung zum Generalverdacht verkehrt den Grundsatz der Demokratie, nach dem alle Macht vom Volke ausgeht, in den Vorsatz totaler Herrschaft, in der vom Volk alle Gefahr ausgeht. In seiner zwei Monate nach den Anschlägen des 11. September erlassenen "Military Order" legte Präsident Bush fest, dass Nicht-Staatsbürger unter Terror-*Verdacht* (!) in "unbeschränkte Haft" genommen und von einer "Militärkommission" abgeurteilt werden können. Wie bedeutungslos dabei Staatsbürgerschaft, Zivil-, Straf-, Völker- und Menschenrechte sind, zeigen jene Fälle, in denen Amerikaner außer Landes und Bürger anderer Staaten entführt und in Anstalten von Unrechtsregimen verbracht und dort verhört und gefoltert wurden. Deutsche Ermittler verhörten mit, vor allem stolz, nicht länger an den Katzentischen namhafter Dienste sitzen zu müssen - und ohne Bewusstsein davon, was man mitträgt, wenn man mittut.

Der Umbau des Strafrechts zu einer präventiven "Bekämpfungsgesetzgebung" setzte jedoch schon lange vor dem 11. September 2001 ein. Die Notstandsgesetze von 1968 machten Carl Schmitts Diktum, nach dem souverän ist, wer über den Ausnahmestand entscheidet, zur empirischen Wahrheit der Bundesrepublik Deutschland. Schritt für Schritt öffneten diese Gesetze die Wehre für rechtliche Unbestimmtheiten, die *in praxi* die Grauzonen boten, in denen erprobt werden konnte, wie weit sich gehen ließ (vgl. Schenk 1998:41ff). Dies galt für den so genannten "Radikalenerlass" wie auch für die 1976 in die Strafprozessordnung und in das Gerichtsverfassungsgesetz aufgenommenen "Terroristengesetze", durch die Richter gegen inhaftierte Terroristen eine Kontaktsperre verhängen, die Kontrolle der Verteidigerpost sowie die Errichtung einer Trennscheibe bei Gesprächen zwischen Inhaftiertem und Anwalt anordnen konnten. In allen Fällen setzte sich der Staat selbst ins Recht - und verschärfte es bis heute kontinuierlich⁸, indem er sich, gleichsam naturrechtlich, als einzig legitime Instanz zur Gewaltabwehr und -prävention verstand.

Die Problematik dieser Ermächtigungsfigur ist für Demokratien konstitutiv. Die Übertragung individueller Gewaltfähigkeit auf das domestizierende Gewaltmonopol des Staates ermöglichte einen befriedeten Binnenraum, veränderte aber zugleich sämtliche Regulierungs- und Kontrollmöglichkeiten der Gewaltanwendung. Zum einen eröffneten befriedete Binnenräume entsprechend starke Expansionspotenziale nach Außen; zum anderen enteignete und entmündigte die Überantwortung individueller Gewaltfähigkeit auf das Gewaltmonopol des Staates die Staatsbürger. Ohne länger auf persönliche, letzthin auch physische Sanktionsmacht zurückgreifen zu dürfen, mussten sie sich zur Regulierung sämtlicher Konflikte des staatlichen Rechtssystems bedienen. Dies bewirkte eine so weitgehende Verrechtlichung des Sozialen, dass

⁷Der Deutsch-Türke Murat Kurnaz wird unter dieser Perspektive seit mehr als zweieinhalb Jahren in Guantanamo als Terrorist festgehalten. Vermutlich verdienten sich korrupte pakistanische Beamte eine Erfolgsprämie. Inzwischen ist Kurnaz als lebender Zeitzeuge ein Risiko für die USA.

⁸Indem die Terroristengesetze keineswegs abgeschafft, sondern zu Terrorismusbekämpfungsgesetzen wurden und der Paragraf 129 a ein b zur Seite gestellt bekam.

letztlich sowohl das Soziale zwischen Scylla und Charybdis aus Pathologisierung und Kriminalisierung zum Erliegen kommt⁹, aber auch das Recht selbst, weil dessen Vollzug immer weiter hinter seiner expansiven Ausdifferenzierung zurückbleibt und zufällig wird.¹⁰

Der Staat erweist sich gegenüber diesen Zusammenhängen zunehmend als sozial blind.¹¹ Indem sich die Legislative durch Rechtsetzung legitimiert¹², aber die Exekutive verschlankt wird, öffnet sich die Schere zwangsläufig immer weiter. Wie im Wirtschaftsleben kommt auch der Staat aus dieser Falle nur durch verstärkte Rationalisierung heraus. Insofern erweist sich manche Grenzverwischung als verstärkte Ausnutzung der noch vorhandenen personellen Ressourcen. Gleichwohl darf eine ökonomisch sinnvoll erscheinende Synergie nicht die demokratisch gebotene Gewaltenteilung und Machtkontrolle aufheben. Dies gilt auch für die prinzipiell richtige Einsicht, dass die Prävention im Sinne von Tatverhinderung der Intervention im Sinne einer Täter- und Strafverfolgung nach erfolgter Tat vorzuziehen wäre. Dies aber lässt sich nicht ohne Abkehr von der grundsätzlichen Unschuldsvermutung bis zum Beweis der Tat erreichen.

Was aber kann Prävention unter solchen Bedingungen überhaupt bedeuten? In äußerster Zuspitzung eigentlich nur die Einführung eines formal gleichen Allgemeinverdachts. Er entspräche der Erbsünde christlicher Denkwelten und träfe jeden Bürger qua Geburt. Entgehen ließe sich diesem Allgemeinverdacht nur durch den Beweis der Unschuld oder ebenso pauschal durch eine auf Dauer gestellte kontrollierende Beobachtung.

Fälle kollektiv erbrachter individueller Unschuldsbeweise sind inzwischen bei Sexualstraftaten

⁹In der Vergangenheit erregten Diktaturen Abscheu, weil sie politische Gegner in der Psychiatrie oder ganz verschwinden ließen. Inzwischen weiß man, dass man auch aus einer vorgeblich funktionierenden Demokratie verschwinden oder übergangslos lebenslang in die Sicherungsverwahrung überstellt werden kann. In der "vorbehaltenen Sicherungsverwahrung" verschwimmen die Grenzen zwischen so genannten Trieb- und Wiederholungstätern. Zudem weist Gerhard Besier (2006) darauf hin, dass Europa eher eine Geschichte der Diktaturen aufweist, denn eine Tradition der Demokratien.

¹⁰Extreme Beispiele wären Verkehrsrecht und Steuerrecht. Im Strassenverkehr wird die Endlosschraube aus Verstößen, individueller Rechtsdurchsetzung und Konterverstößen durch bloß zufälliges "Erwischtwerden" noch verschärft, weil die Vollzugsdünne das Gefühl von Ungerechtigkeit eher verschärft, was auf ähnliche Weise auch für das Steuerrecht gilt, dort allerdings noch systematisch verzerrt, weil das Erwischtwerden nicht als zufällig wahrgenommen wird, sondern als systematisch verzerrt nach der Möglichkeit, legale Schlupflöcher nutzen zu können.

¹¹Diese "Blindheit" ist im Sinne Niklas Luhmanns zu verstehen als Selbstreferenzialität: "Staat" schließt an "Staat" an. "Auf der Ebene der eigenen Operationen", so Luhmann (1997:92), "gibt es keinen Durchgriff in die Umwelt und ebensowenig können Umweltsysteme an den autopoietischen Prozessen eines operativ geschlossenen Systems mitwirken." Tatsächlich schließen alle Operationen an die Subsysteme des eigenen Handlungssystems an, in die Umwelt(en) wirken nur die Ergebnisse, also die normativen Setzungen.

¹²In der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wurden insgesamt 382 Gesetze verabschiedet und 1.361 Rechtsverordnungen neu in Kraft gesetzt.

Gang und Gäbe. Ganze Landkreise, Berufsgruppen und Betriebe haben im Zuge von Ermittlungsverfahren Speichelproben freiwillig abgegeben.¹³ Strafgefangene, die wegen Mordes, Totschlags, schwerer Körperverletzung, Menschenraubs, sexueller Straftaten, der Bildung einer terroristischen Vereinigung oder wegen Wohnungseinbruchdiebstahls einsitzen, müssen dagegen, nach der Vorlage eines richterlichen Beschlusses, Blut zur Genanalyse abgeben.¹⁴

Aufgrund der gegenwärtigen technischen Möglichkeiten scheint eine permanente Überwachung aller Bürger sowohl lautloser als auch effizienter zu sein. Längst wissen Kreditkarteninstitute, Krankenkassen, Stadtwerke, Meldeämter, Internetprovider, Telefongesellschaften, Adress- und Überwachungsfirmen mehr über jeden Bürger als die gesamten Sozialwissenschaften.¹⁵ Die Zusammenführung all dieser Daten ist technisch kein Problem mehr, auch ihre automatisierte Auswertung gelingt immer besser.¹⁶ Durch die Zusammenführung aller "Profile", die Novellierung des Meldegesetzes und die Einführung biometrischer Daten entsteht realiter der "gläserne Bürger".

Der Mehrheit erscheint diese Durchsichtigkeit nicht bedrohlich. Zwar werden regelmäßig

¹³Das DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes und dessen Änderungsgesetz von 1999 dehnen den Straftatenkatalog über die Erfassung genetischer Daten von Strafgefangenen aus. Inzwischen existieren Zugriffsrechte für Polizeien und BKA, dürfen Abgleiche mit Haftdateien erfolgen, Gruppenauskünfte aus dem Bundeszentralregister selbständig angefordert und diese Auskünfte zusammen mit den dazu gehörigen Registerauskünften an die Landeskriminalämter weitergeleitet werden.

¹⁴Das BKA bilanziert für 1999: Durch DNA-Analysen konnten 1.761 Tatverdächtige ermittelt werden. In weiteren 986 Fällen gelang es, Spuren zusammenzuführen und dadurch Tatzusammenhänge festzustellen. Zu jeder siebten eingegebenen Spur konnte ein Treffer erzielt werden. Nur selten wird dabei darauf hingewiesen, dass den Ermittlungstreffern mehr als 130.000 Datensätze von Bürgern zugrunde liegen, Tendenz steigend. Über den Nachfragedruck von Versicherungen und Unternehmen spricht man bislang ungern, weil hier ein privater "Screening- und Kontrollsektor" entstehen könnte, der Menschen auf ganz andere Art exkludiert - nämlich von Versicherungsschutz und Arbeit.

¹⁵Wie sehr "Datenschutz" inzwischen nur noch ein Witz ist, der allein Sinnvolles (z.B. wissenschaftliche Arbeiten) be- und verhindert, Schutzwürdiges aber längst nicht mehr schützt, machen alle Formen von Kundenausspähung deutlich, von der "intelligenten Kamera" in Supermärkten und an Kassen, Tankstellen und Parkhäusern, über "Payback"- und Rabattsysteme, Kundenkarten bis hin zu Kreditkarten, Maut- und Bezahlsysteme, Werkausweise und Besucherdaten, Hotspotnutzung, Mietwagengebrauch, Pay-On-Demand-Systeme, Datenbank- und Bibliotheksbenutzung oder die Teilnahme an Preisausschreiben. Überall werden Daten gesammelt, zu Profilen verdichtet und zusammen mit "Neigungen" und "Nutzungsaufkommen" an Dritte verkauft (vgl. Jüngling 2005).

¹⁶Moderne Techniken des "data-mining" können sowohl Sprache als auch Schrift automatisch nach Schlüsselbegriffen und sinnhaften Kombinationen scannen. Das novellierte Fernmeldeabhörsgesetz und der Einsatz so genannter IMSI-Catcher ermöglicht nicht nur die Lokalisierung und Erfassung von Mobiltelefonen, sondern auch den Einsatz von Techniken, die zu mehr in der Lage sind als zur einfachen Ortung und Feststellung von Telefonnummern.

Ängste wach, wenn eingelebte Vorteilsspielräume wie Schwarzarbeit, Auslandszinseinkünfte und die üblichen Mogeleyen im Versicherungs- und Steuerbereich gefährdet scheinen, doch beeilt sich der Staat, hier die Ängste zu zerstreuen um sich dort umso nachdrücklicher ins Recht setzen zu können.¹⁷

Auch aus einem ganz anderen Grund dürfte sich die Mehrheit der Staatsbürger nicht um die Veränderung ihres Rechtssystems kümmern: In einem sich sukzessive ausdifferenzierenden und professionalisierten Rechtssystem lässt sich das Zufällige der Vollzugsdefizite nur durch erhöhten Ressourceneinsatz mildern. Ganz zwangsläufig wird so aus einem formal gleichen Recht eine ungleich verteilte Rechtschance. Recht bekommt buchstäblich nur noch, wer sich beste Anwälte, die Ausschöpfung aller Rechtsmittel und Instanzen sowie die Nähe zu einflussreichen Netzwerken leisten kann¹⁸, manchmal, um mittels Recht gar nicht mehr Recht bekommen, sondern Geld verdienen zu wollen.¹⁹ Folgerichtig wird die Kluft zwischen dem Rechtssystem, jenen, die sich seiner bedienen können und der Mehrheit der Bürger, die nur noch historisch formale Rechtsgleichheit besitzen, immer größer.

Ein zweiter Zugang

Der Unterschied zwischen einer formal gleichen Teilnahmechance und einer faktisch nicht bestehenden Teilnahmemöglichkeit wird in Politologie und Soziologie seit längerem unter den Begriffen "Inklusion"/"Exklusion" diskutiert (vgl. Stichweh 1988; 1997; Gestrich/Raphael 2004). Richard Sennett (1998) zeigte anhand empirischer Fallstudien den Verlauf und die Dynamik sozialer Ein- und Ausschlüsse auf sowie die Bedeutung von Erzählstrukturen, durch die das Individuum an diese Ein- und Ausschlüsse kognitiv und emotional anschließt. Im Prinzip muss sich ein jeder sein Erleben selbst "erzählen", zugleich aber auch jenen, die für bedeutsam erachtet werden. Auf diese Weise entsteht ein kontinuierlicher "Erzählstrom", durch den Identität, soziale Verortung und wechselseitige Kenntnis und darüber Anerkennung

¹⁷So werden zahlreiche Maßnahmen der Steuerfahndung, das Kreditwesengesetz (§ 24c) und das "Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit" mit dem Zusammenhang von organisierter Kriminalität und Terrorismus begründet. Inzwischen beseitigt bereits der Anfangsverdacht von Tafelgeschäften das Bankgeheimnis (§ 30a, 3 Abgabenordnung). Auch im Versicherungssektor entstehen zunehmend Datenverbundsysteme, durch die sich Betrugsfälle vor allem im Kfz-Haftpflichtbereich, der Hausrat- und Haftpflicht- und der Reisegepäckversicherung schnell aufdecken lassen. Mit der geplanten Einführung einer elektronischen Krankenversicherungskarte soll auch in diesem Bereich die Erschleichung von medizinischen Leistungen unterbunden werden.

¹⁸Dies bezieht sich auf den gesamten "Lobbyismus", wie er für stark korporative Systeme charakteristisch ist.

¹⁹Die unvermeidbare Kehrseite von Professionalisierung, deren Kommerzialisierung, gewinnt im amerikanischen Schadenersatzrecht eine für europäische Vorstellungen abstruse Dimension: Das "trail-hunting", bei dem Anwälte für Erfolgsbeteiligung das Prozeßrisiko übernehmen, führte zwangsläufig zum so genannten "Faganism" der Kanzlei von Ed Fagan, die weltweit in Prozesse verwickelt, auch um der Chance willen, durch außergerichtliche Einigungen keine Prozesse führen zu müssen.

gewonnen werden. Scheitert dagegen ein solcher wechselseitig vollzogener Einschluß, entsteht Fremdheit bis zur Ablehnung, zerfällt Identität.

Da sich die meisten Menschen nicht von Anbeginn kennen, sind sie beinahe naturwüchsig zueinander fremd. Insofern ist "fremdeln" kein auf die Kindheitsentwicklung beschränktes Muster, sondern eine Erstreaktion auf Fremdsein. Das natürliche Gegengewicht zum Fremdeln ist Neugier, doch muss zumeist das Fremde trotz Neugier überwunden werden wollen. Darin liegt immer ein Risiko, weil es Öffnung und Integration erfordert. Fremdes muss zugelassen, also trotz Unkenntnis anerkannt und sodann in die eigene Erzählstruktur einbezogen werden, um überhaupt identifiziert und verortet werden zu können. Ohne Vertrauensvorschuß ist Anerkennung trotz Unkenntnis unmöglich. Hier wurzelt der rationale wie emotionale Kern einer Angst, die in jedem Muslimen einen potenziellen Selbstmordattentäter oder in jedem Afrikaner einen potenziellen Dealer sieht. Für einen Moment müssen beide Seiten glauben, dass sie ohne Fehl nur Mensch sind und darauf vertrauen, dass sie ohne Täuschung und Enttäuschung in Beziehung treten können. Mit jeder Interaktion wächst Kenntnis von einander, entsteht ein gemeinsamer Erfahrungsvorrat und eine gemeinsame, identitätsstiftende Erzählstruktur.²⁰

Ganz allgemein entspricht jedem Fremdsein somit ein Zulassungsrisiko; es ist umso höher, je fremder sich die Parteien sind. Folglich wird jenseits eines gewissen Maßes von Fremdheit überhaupt nicht zugelassen, sondern auf das schärfste ausgeschlossen. Tatsächlich werden Vertrauensvorschüsse nicht beliebig gesteigert, sondern in iterierten Interaktionen beständig neu ausgehandelt. "Blindes Vertrauen" gilt gemeinhin als Prädikat für Beziehungen, die sich lange bewährt haben, während Vertrauensseeligkeit den naiven Vorschuß meint, der mehr riskiert als bei einem Fehlschlag verkraftet werden kann.

Die wechselseitige Vermittlung dessen, was man denkt, fühlt, tut, glaubt, hört und sieht inkludiert oder exkludiert. Zustimmung oder Ablehnung, Bejahung oder Verneinung, Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit stellen die sozialen Sanktionen dar, über die die Grade von In- und Exklusion vermittelt werden. Man kann sein Verhalten ändern oder seine Interaktionspartner, das Verfahren jedoch nicht. Es ist universell, wenn auch kulturspezifisch modifiziert, zumeist sprachlastig und symbolgebunden und immer interaktiv. Daneben existieren strukturelle Vereinfacher. Sie in- oder exkludieren mechanisch. Dazu zählen Sprache, Hautfarbe, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Religion, häufig auch Merkmale wie Kleidung, Benehmen, Bildung oder Statussymbole, die, obgleich erworben, langfristig strukturell wirken können.²¹

"Offene", "freie" Gesellschaften inkludieren, obgleich sie sich gern so darstellen, keineswegs schneller oder leichter als traditionale Gesellschaften. Dies zeigt sich sowohl an der Staatsbürgerschaftsdebatte, aber auch am interaktiven Mechanismus von Gastfreundschaft, die durch den Prozess der Modernisierung verschwindet und einer rein funktionalen, mechanischen

²⁰Solche biographischen Erzählstrukturen sind niemandem fremd: "Weißt Du noch, wie wir uns kennenlernten...und was ich anhatte?"

²¹Die symbolische Aufladung von Kleidungsstücken, beispielsweise von Kopftuch/Shador und die Reaktionen in Frankreich und Deutschland zeigen, wie In- und Exklusion auch gesellschaftlich organisiert werden. England dagegen setzt bewusst auf eine "multikulturelle" Kleiderordnung, um Identitätsbildung und Anerkennung zu fördern.

Inklusion in segmentierte Teilbereiche (z.B. "green card"; Asyl) Platz macht.

Die Frage, woran man Wege in den Terrorismus erkennt, wird sehr viel häufiger über Deprivation, Armut, religiösen Wahn, pathologisches Verhalten²² und asymmetrische Konfliktverläufe zu erklären versucht, als über nicht gelingende Inklusion oder aktiv betriebene Exklusionen. Dies muss verwundern, weil inzwischen zahlreiche Biographien von Terroristen und Attentätern vorliegen. Dabei zeigt sich, dass Strategie und Taktik von "911" eher atypisch einem militärisch funktionalen Kommandounternehmen nachgebildet waren, während die meisten anderen Anschläge überwiegend von "Assimilanten" durchgeführt wurden, denen entweder die Inklusion nicht oder nicht in erhofftem Maße gelang oder die sukzessive in die Exklusion gerieten, teils, weil sie ihre Fremdheit stilisierten, teils, weil sie durch ihre beibehaltene Fremdheit exkludiert wurden. Die maßgeblichen Faktoren waren dabei fehlende Sprachkenntnisse bereits in der Muttersprache als auch in der neuen Sprache, fehlende Schul- und Berufsbildung, Geschlecht und soziale Bezüge. Das Geschlecht ist für den Inklusionserfolg von besonderer Bedeutung, vor allem, weil es sowohl in traditionaler wie in moderner Orientierung zu kreuzweisen Konflikten führt.²³ Entsprechen Frauen den traditionellen Werten, beschränkt sich ihr soziales Leben auf den häuslichen, privaten Bereich, so dass keine Interaktionsbezüge zu ihrer neuen Gesellschaft entstehen, somit auch keine neuen Erzählstrukturen, entlang derer sie ihre Identität in Richtung Moderne umbauen können. Identifizieren sich Frauen dagegen mit der Moderne und ihren Lebensweisen, riskieren sie schärfste heimische Konflikte oder sie sind gezwungen, Strategien der Verheimlichung und des Doppellebens zu entwickeln. Männer dagegen scheinen von ihren traditionellen Hintergründen zu profitieren. Familienintern bleibt ihr Rang unangetastet, nach außen hin verschafft ihnen ihr Männlichkeitsverständnis, oftmals gepaart mit einer betont dominanten Körperlichkeit, Respekt. Die Selbstverständlichkeit ethnisch-tribaler Kohäsion und physischer Gewalt führt zumeist zu durchsetzungsfähiger Dominanz, was die Verachtung der neuen Kultur und deren "Schwachheit" verstärkt.²⁴ Aus all dem entwickelt sich sehr leicht ein Teufelskreis, der zunehmend aus der neuen Gesellschaft ausschließt und ghettoisiert. Andrian Kreye (2005) hat zusammengetragen, wie auf diese Weise vollkommen abgeschottete Ghettokulturen mit eigener Sprache, Musik und Verhaltenskodizes entstanden, wie sie sich über Drogen, Gewalt, Sex und Krawalle entladen, aber auch, wie sie anfällig werden für Heilsbotschaften, Gurus und Krieger.²⁵

²²So z.B. Geert Mak (2005) zur Ermordung von Theo van Gogh oder André Glucksmann (2005) über Gewalt und Hass.

²³Die sogenannten "Ehrenmorde" an türkischen Frauen, die die Familienehre verletzen, weil sie ein ehrloses Leben "wie Deutsche" führen, markieren das Extrem des Zusammenstoßes von moderner und traditionaler Gesellschaft. Die Thomas-Morus-Oberschule in Berlin-Neukölln kam in die Schlagzeilen, weil dort türkisch-stämmige Schüler einen solchen "Ehrenmord" gutgeheißen hatten ("Jugendliche bejubeln Mord", Berliner Morgenpost Online-Ausgabe 22.12.2005; <http://morgenpost.berlin1.de/content/2005/02/17/berlin/735462.html>)

²⁴Christian Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, hält diese Konstellation für die Ursache ethnisch dominierten Konflikte und für Ausländerkriminalität (vgl. Pfeiffer 1998; Pfeiffer/Wetzels 2000; Gall/Zand-Vakili 2005)

²⁵Urs Gehringer (2005) hat auf diese Weise die Karriere des "Gotteskriegers" Abu Mussab al-Sarkawi analysiert. Sonja Zekri (2005) berichtete von Internetservern, über die die Krawalle in Frankreich koordiniert und ideologisch munitioniert wurden.

Schon aus diesen wenigen Überlegungen wird deutlich, dass der “Krieg gegen den Terror” nicht nur aus rechtspolitischen und -philosophischen Überlegungen die grundsätzlich falsche Strategie ist. Das Verdikt vom “Schurkenstaat” treibt auf der kollektiven Ebene auf vergleichbare Weise in die Isolation, wie die Strategien von Pathologisierung und Kriminalisierung auf der individuellen Ebene. Das potenziell als “gefährlich” abgestempelte Individuum hat kaum eine Chance, einen Vertrauensvorschuß zu erhalten. Vielmehr erhöht sich sein Risiko zum Mißtrauensvorschuß und damit zur Verweigerung einer Erzählstruktur, durch die es sich “modernisieren” und damit in seine neue Gesellschaft mit Aussicht auf Erfolg integrieren kann.

Untrennbar verknüpft mit dem “Zulassungsrisiko”, das jeder trägt, der zu sozialer Interaktion zugelassen werden will, ist das “allgemeine Teilnahmerisiko”, das jeden trifft, der aktiv an dem teilnimmt, zu dem er zugelassen wurde. Wer beispielsweise am Straßenverkehr teilnimmt, übernimmt das “allgemeines Teilnahmerisiko”, verunfallen zu können. 2001 starben auf deutschen Straßen beinahe 8000 Menschen. Dieses Risiko ist den Verkehrsteilnehmern offensichtlich ihre Mobilität wert. Überträgt man diese Überlegung auf die Unruhen in den französischen Banlieues, so ließe sich fragen, ob deren Schadenspotenzial die Millionen wert sind, die nunmehr für soziale Projekte und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgewendet werden, oder ob es nicht als eher geringes Teilnahmerisiko von Vernachlässigung und Ghattobildung abgetan werden könnte?²⁶ Noch interessanter ist die Frage nach dem allgemeinen Teilnahmerisiko einer “offenen Demokratie”? Wenn unsere stillschweigende Bereitschaft, für ein im Verhältnis zu einer freiheitlichen Demokratie minder bedeutendem Gut wie Autofahren, schon den Blutzoll von 8000 Menschen wert ist, wie hoch wäre dann unsere “Zahlungsbereitschaft” für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freiheit und Demokratie? War, wenn man so fragt, der 11. September nicht “kostengünstig”?²⁷

In dem man auf diese Weise fragt, rückt die Absurdität des Kampfes gegen den Terror ins Bewusstsein: Der islamistische Terror, so die gängige Argumentation, bedroht die Lebensweise der westlichen Welt, ihre zentralen Werte, vor allem Freiheit und Offenheit. Die bislang vorgeblich zu deren Schutz ergriffenen Maßnahmen schaffen, bei genauerer Betrachtung, das zu Beschützende jedoch nachhaltiger ab als es der islamistische Terror selbst je könnte. Ergriffe man umgekehrt keine Maßnahmen, hätte man die Leben vieler Soldaten, unschuldiger Zivilisten und Hunderte Milliarden Dollar ersparen können, riskierte aber möglicherweise weitere Terroranschläge. Im Gegenzug müsste man also fragen, wie häufig und in welcher Größenordnung dieser internationale Terrorismus “erfolgreich” sein könnte, wenn man ihn ausschließlich mit konventionellen strafrechtlichen Maßnahmen bekämpfte?²⁸

²⁶Dass dies keine “politisch inkorrekte” Spekulation ist, sondern politische Diskussion zeigten Präsident Chirac und Innenminister Sarkozy, die einander widersprachen in der Bewertung der Ursachen der Unruhen und somit auch in den erforderlichen Maßnahmen. Vgl. “Lehren aus dem Aufruhr in Frankreich”, Neue Zürcher Zeitung Nr. 294 vom 16.12.2005:3

²⁷In den USA sterben jährlich 44.000 Menschen im Straßenverkehr. Der Blutzoll von 911 betrug etwa 3000 Todesopfer. Der Irakkrieg kostete bisher rund 2000 US-Soldaten und rund 10.000 Iraki das Leben und etwa 39 Mrd. US-\$/Monat, ohne dass damit der Beendigung des islamistischen Terrors auch nur einen Millimeter näher gekommen wurde.

²⁸Keine Überlegung lässt sich substantiieren. Ob ohne den Krieg gegen den Terror mehr Terrorakte statt fänden ist ebenso ungewiß wie die Umkehrung, dass durch diesen Krieg der

So gefragt, rückt der Wert von Demokratie und Freiheit über den Indikator der akzeptablen Höhe des Teilnahmerisikos in den Fokus. Wäre uns Deutschen unsere Demokratie soviel wert wie Mobilität? Dann wären wir bereit, durch terroristische Anschläge 8000 Mitbürger pro Jahr zu opfern, die Amerikaner 44.000. Und warum sollte die (auto)mobile Freiheit die Referenz sein? Rauchen ist uns rund 15.000 Tote wert und alle fünf Sekunden stirbt auf dieser Welt ein Kind an Hunger (vgl. Ziegler 2005). Was also sind unsere Maßstäbe, an welchen Werten orientieren wir uns und wofür opfern wir was? Vor allem aber: Warum opfern wir so widerspruchslos das, was uns vorgeblich so wertvoll ist?²⁹

Oftmals sind nicht die Diskussionen aufschlußreich, die geführt, sondern die, die nicht geführt werden. Eine Diskussion über den Wert der Demokratie, vor allem jenen, der ihr von seinen Nutznießern beigemessen wird, findet so nicht statt. Was aber ist an Demokratie wertvoll und wer profitiert von deren Wert? In andere Richtung scheint sich diese Frage leichter beantworten zu lassen. Welche deutsche Frau wird Jeans und Lippenstift wegwerfen und nach der Burka verlangen, welcher deutsche Mann in afghanische Bergcamps einrücken und für Scheichs, Clan-Chefs und Scharia kämpfen wollen? Vermutlich sehnen sich weit mehr Menschen auf dieser Welt nach unseren Lebensbedingungen und finden sich entschieden weniger als wir fürchten, die sie abschaffen wollen. Womöglich wäre es an der Zeit, die Position zu wechseln und einmal aus der Gegenrichtung zu fragen, wen oder was wir abschaffen wollen, wem wir die Inklusion verwehren und für wen wir eine Bedrohung sind.

Ein dritter Zugang

Der Krieg gegen den Irak war schon länger beabsichtigt,³⁰ durch "911" fand er eine mehrheitsfähige Begründung. Die "Koalition der Willigen" willigte in diese Sichtweise ein, die "Koalition der Unwilligen" dagegen erregte den Zorn der US-Regierung und bewog Donald Rumsfeld zu der inzwischen klassischen Formel vom "neuen" und "alten" Europa.³¹

Die Unterscheidung sollte Zwietracht säen, mehr noch eine Warnung sein an jene, die den unaufhaltsamen Weg von der Emanzipation von der Weltmacht hin zur europäischen Weltmacht allzu deutlich werden ließen. Tatsächlich entsteht ein neues Europa, jenseits von bloßer Wirtschaftsmacht. Als Weltmacht schiebt sich Europa zwischen die US-amerikanische Weltordnung, die asiatischen Varianten von Kapitalismus, Anti-Kapitalismus und Noch-Nicht-Kapitalismus und eine noch nicht und nicht mehr ein- und zuordenbaren Menge von Weltordnungs- und -unordnungsvarianten der dritten und vierten Art.³² In diesem "Gen-Pool"

Terrorismus zurück geht.

²⁹Im Umkehrschluss wird daraus das Motto: Lieber Autofahren als Demokratie

³⁰Eine militärische Intervention gegen den Irak gehörte bereits zum außenpolitischen Programm Präsident Clintons.

³¹Rumsfeld, Press Meeting. Wednesday, January 22, 2003 - 1:30 P.M.
(http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t01232003_t0122sdfpc.html)

³²Als dritte Art wird nach Feudalismus und Kapitalismus der Sozialismus gemeint, als vierte Art seine und weit frühere Zerfallsprodukte großer Imperien.

politischer Erbschaften und Züchtungsexperimente ist Europa jedoch noch nicht als Europa, sondern noch immer als Ansammlung europäischer Ordnungsvarianten vertreten. Noch ordnet sich Europa hin auf sich selbst, doch verändert es fortwährend seine Findungsbedingungen, während es eine eigene Ordnung zu finden (und zu etablieren) sucht. Jede Erweiterung erhöht deshalb nicht nur die Pool-Kombinatorik, sondern auch das Risiko, in die Strudel von Ordnungsversuchen ganz anderer Herkünfte und Erbschaften gezogen zu werden.³³

Insofern löste Rumsfelds Formel neben allen diplomatischen Irritationen auch einen ungewollten Nebeneffekt aus: Europa diskutierte über sein Selbstverständnis und damit auch über sein Wohin und Woher. Der Anstoß sollte genutzt werden, um für beide Richtungen politisch wegweisende Antworten zu formulieren. Ohne sie wird man die Folgen des 11. September nur “amerikanisch” beantworten können. Dies schließt nicht aus, die amerikanische Antwort auf Terrorismus fair zu beurteilen. Man kann nicht erwarten, dass eine bis ins Mark erschütterte Nation angesichts ihrer Erbschaften im Geiste der Bergpredigt reagiert. Umgekehrt ist es nicht ohne Ironie, dass das bildhaft unter “Cowboytum” subsummierte Verhalten Amerikas ausgerechnet von einem deutschen Neopazifismus am schärfsten kritisiert wurde, der doch auch das überaus erfolgreiche Ergebnis einer amerikanischen Nachkriegsordnung und einer speziellen Reedukationspolitik war. Das Ergebnis einer eigenständigen, dieser Nachkriegsordnung nachfolgenden europäischen Ordnung und einer zugehörigen europäischen Identität ist er sicherlich noch nicht; sie aber erscheint nötiger denn je, wenn man eine “europäische” Antwort auf Terrorismus und mehr noch auf einen gegen diesen Terrorismus geführten Krieg formulieren will.

Die Frage nach einer “europäischen Identität” und einer daraus hergeleiteten europäischen Friedensordnung ist keineswegs romantisch, schon gar keine Wiederholungsschleife historischer Vorläufermodelle im Gefolge nationaler Staatenbildung auf supranationaler Ebene oder vielfacher Pazifizierungsversuche im Gefolge von Augsburger Religionsfrieden, Edikt von Nantes und Westfälischem Frieden. Eine europäische Identität erscheint vielmehr notwendig, um die Erfahrungen aus dieser unendlich langen europäischen Geschichte von Kriegen nicht als sinnlos oder gar in neuen Kriegen enden zu lassen.

Die Wurzeln Europas werden gern bis zur griechischen Antike zurückverfolgt, der so genannten „Wiege“ der Demokratie. Dabei übersieht man, dass die politischen Kämpfe zwischen Demoi und Eupatriden nicht die Geburtsstunde von Demokratie war, sondern der blutige Kampf um Vorherrschaft. Auch damals schon ging es um den Zugang zu Positionen, um Verteilungsmacht und um das zu Verteilende selbst.

Noch lieber wird darüber hinweg gesehen, dass die Herleitung von Demokratie und Abendländischem Denken aus der griechischen Antike schiere Ideologie ist. Das mögen die Lordsiegelbewahrer solcher Ideologie, allen voran Silvio Berlusconi und Oriana Fallaci,³⁴

³³Dies gilt für die postkolonialen Erbschaften Englands und Frankreichs, aber auch für die historischen Mitbringsel von EU-Mitgliedsstaaten in der Tradition von Sozialismus und Osmanischem Reich.

³⁴Berlusconi betonte die “Überlegenheit unserer Kultur”. Die “Freiheit der Individuen, der Völker” sei nicht “das Erbe anderer Kulturen wie der islamischen” (zit. nach Riedlberger 2001). Oriana Fallaci ruft zum Widerstand des Westens gegen den Dschihad auf, nicht, weil ihm

vehement bestreiten, indem sie Dante gegen Averroes oder gegen Omar Chajjam aufwiegen und damit die eigene Kultur über alle anderen stellen. Von solcher Überlegenheitssehnsucht sollten vor allem wir Deutschen geheilt sein – und vorbeugend immer wieder Alfred Adler beherzigen, wenn uns vermeintlich Superiore einreden wollen, es gäbe Inferiore, gegen die neuerliche Kreuzzüge zu führen seien, als Kampf richtiger gegen falsche Kulturen.

Stattdessen sollten wir nach den wirklichen Stammbäumen unserer Erbschaften suchen und nicht die antike *Wahl*verwandtschaft für geburtliche Blutsverwandtschaft halten. Dazu hülfe es, auf globalem Niveau zu wiederholen, was Diderot und d'Alembert während der Aufklärung erstmals versuchten: eine Enzyklopädie des gesamten Menschheitswissens zusammen zu tragen. Eine solche Enzyklopädie mit Supplementbänden über „*not knows*“ und „*lost knows*“ wäre heute nötiger denn je, nicht nur, um alle Beiträge menschlicher Zivilisierungsversuche zu versammeln, sondern auch, um uns gegenseitig verständlich zu machen, wie viele dieser Beiträge im Namen wechselseitigen „Zivilisierens“ vernichtet worden sind.

Betrachten wir Europäer die „*mental map*“ unserer geistigen Wahl-Erbschaft, so wird „alteuropäisch“ beinahe ausschließlich griechisch und römisch interpretiert, während der Rest des Mittelmeerraumes in Dämmerung, Indien³⁵ und China im Vorabend, Afrika und Amerika in dunkler Nacht verschwinden. Selbst wenn wir nur das antike Rom³⁶ betrachten, bleiben wir in seiner christlichen Deutung befangen, nehmen wir Ägypten bestenfalls kleopatrisch erotisiert wahr,³⁷ während die für das „abendländische“ Denken weit bedeutsameren Einflüsse des Mithraismus und der antiken Steppenvölker kaum Erwähnung, geschweige denn Würdigung finden.

Dabei erweisen sich die größten Kulturleistungen als Amalgamierungen. Was wären wir ohne die Keil- und Bildschriften der hydraulischen Kulturen, ohne deren Vermessungs- und Buchführungstechnik? Und später? Der frühe Islam verband den spätantiken-ost-römischen Zivilisationsraum mit dem persisch-mittelasiatischen, der wiederum völlig von China geprägt war. Die Muslime des 8. Jahrhunderts pflegten intensive Beziehungen zum China der Tang-Periode und beide kämpften gegen das damals stärkste Militärreich Eurasiens, gegen Tibet – doch hat das jemals in Schulbüchern gestanden? Die wenigsten von uns haben von diesen kulturhistorischen Wechselwirkungen gehört und genau dies ist das Problem angesichts der

auf der Grundlage der Menschenrechte widerstanden werden muss, sondern weil die westliche Zivilisation überlegen und besser ist (s. Fallaci 2004).

³⁵Im Gegensatz zu China ist uns Indien noch weil dunkler geblieben, obgleich der Subkontinent seit Gandhis Transformation des englischen Kolonialismus ganz eigenständige Formen einer nichtwestlichen Moderne entwickelte. Dazu Sen und Kakar/Kakar 2006.

³⁶Interessanterweise feiern Untergangserörterungen neuerlich Urständ. Vor allem der Untergang Roms wird gern als Parabel auf den Niedergang des US-amerikanischen Imperiums bemüht. Sehr klug dazu Ralph Bollmann (2006), der darauf verweist, dass die größte Machtfülle Roms nicht in die frühe Kaiserzeit fiel, sondern in die Mitte des 2. Jahrhunderts nach Christus und dass die beliebte These von der Dekadenz Roms ein mittelalterlicher Rückblick war.

³⁷Berühmte Exempel lieferten Kino: Theda Bara 1917 und Elisabeth Taylor und Malerei: Giampetrino, Quercino oder Hans Markart. Entmythologisierende Darstellungen liefern: Schäfer (2006) und Schuller (2006)

Schwafeleien über den *clash of civilizations*. In Wahrheit wuchsen Zivilisationen durch ihre wechselseitige Durchdringung, nicht durch ihre gegenseitige Auslöschung. Nur wer in den Verkürzungen von Kampf und Krieg denkt, betont die Zusammenstöße. Dann sieht man im spätmittelalterlichen Mongolensturm nichts anderes, als den wilden Auf- und Einbruch barbarischer Völker, die plötzlich den Westen bedrohen – und kein Großreich eurasischer Steppenzivilisation mit bis dahin unbekannter Organisations-, Kommunikations- und Mobilitätsqualität.

Und selbst das Osmanische Reich erscheint bis heute der Mehrheit als Bedrohung der Christenheit und nicht als hoch zivilisierte europäische Großmacht, die mit den spanischen Habsburgern um die Mittelmeerwelt konkurrierte und weit mehr zustande brachte als verkohlte Kaffeebohnen vor den Toren Wiens liegen zu lassen.³⁸ Was, so müsste man fragen, um geostrategische Dynamik zu begreifen, ist an der damaligen Schiene Madrid-Konstantinopel machtpolitisch anders gewesen, als an der Schiene Washington-Moskau während des Kalten Krieges? Dann erfasste man Zusammenhänge von Balancement, von Eindämmung, aber auch von Einfluss und Beeinflussung, von wechselseitiger Bedrohung und Zähmung.

Wir sind jedoch nicht nur ideologisch verblendet, sozusagen Schulbuch systematisch durch einen stieren Blick aufs hehre Antike, sondern auch zu größter Überheblichkeit freiwillig bereit. Man muss nämlich, als Kehrseite, zur Inferiorisierung willens sein, was nicht nur für Unkraut und Untier gilt. Töten, vernichten und ausrotten kann man als letzte Konsequenz nur, wenn man sich dazu selbst legitimiert – und zusätzlich legitimiert wird. Auf kollektiver Ebene ist dies bislang immer über die Zerlegung in Über- und Unterlegenheit organisiert worden. Ob „Arier“ gegen „bolschewistische Untermenschen“, ob „Erleuchtete“ gegen „räudige, ungläubige Hunde“, ob „Schwarz“ gegen „Weiß“, oder ob heute ein neuer Kreuzzug gegen die „fundamentalistischen Feinde von Demokratie und Freiheit“ ausgerufen wird, die dahinter liegende Psychodynamik war und ist die gleiche.

Wir sollten uns dieser Dynamik vergewissern und uns die Produktion von Inferiorität anschauen, mit der zum Beispiel der „Stürmer“ vor 70 Jahren unseren Eltern und Großeltern glauben machen wollte, Juden führten rituelle Kindermorde und andere Monstrositäten aus, oder seien wie Ratten, die die Pest einschleppten (wie der Vorspann zum Film „Der ewige Jude“ suggerierte). Die Wirkung und die Auswirkung dieser Lügenpropaganda sind uns heute klar. Doch sind sie historisch überwunden? Was bewirkten die Berichte von „Augenzeuginnen“ über bestialische Kindstötungen durch irakische Soldaten in kuweitischen Krankenhäusern, die 1990 vor den Vereinten Nationen vorgetragen wurden und die sich später als bezahlte Inszenierung entpuppten? Oder was bewirkten die (ebenfalls inszenierten) Bilder von tanzenden und lachenden Palästinenserinnen nach „911“? In beiden Fällen ging es nicht um Tatsachen oder um „Wahrheit“, sondern um die Erzeugung von Bereitschaften und um die Legitimation, sie ausleben zu dürfen, wenn es sein muss auch mit tödlicher Konsequenz.³⁹

³⁸Franz I. von Frankreich, Rex Christianissimus, paktierte mit dem Sultan gegen den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation um *europäische* Großmachtpolitik.

³⁹Hill & Knowlton, PR-Agentur, trainierte die Tochter des kuweitischen Botschafters in den USA für einen Auftritt vor den Vereinten Nationen am 10.10. 1990, wo sie über Greueltaten irakischer Soldaten berichtet, die angeblich Babies aus Brutkästen gerissen und auf den Boden

Das „alte Europa“, maßgeblich Deutschland und Frankreich, war zu dieser Konsequenz nicht bereit, jedenfalls nicht ohne eine vom Völkerrecht legitimierte Grundlage. Dieser Unterschied ist es wert, von jedem einzelnen Bürger der europäischen Union buchstabiert zu werden. Insbesondere wir Deutschen sind es unserer Geschichte schuldig, Menschen- und Völkerrecht über alles zu stellen und nicht unser Land oder unsere Kultur – und auch nicht „Demokratie“.

Gerade wenn man „alteuropäisch“ zu denken versucht, sollte man nicht vergessen, dass „Demokratie“ keineswegs als das begann, zu dem sie uns in der Gegenwart heilig gesprochen wird. Sie war das Ergebnis erbitterter Kämpfe, buchstäblich herausgeschlagen aus den Ungerechtigkeiten des Verteilens und dennoch nur neuer Modus des Verteilens. Demokratie war, ist und bleibt ein Metaverfahren, das die Verteilung für Verteilung regelt. Der neudeutsche Begriff „Partizipation“ drückt es aus: Wir haben teil an den Verfahren, mit denen wir bestimmen, wie verteilt wird. Bei den Eupatriden, letztlich eine feudale Stammesgesellschaft wie wir sie heute noch in Afghanistan finden, wählten die Oberhäupter ihren König. Das Königtum war ein temporäres Wahlamt, anfangs nur für den Krieg. Auf Dauer gestellt werden konnte es nur durch Usurpation – und nur auf ebenso drastische Weise, durch Königsmord (vgl. de St. Croix 2004), in Stammesmacht zurück geholt werden. Von beiden Missbildungen ist keine Herrschaftsform weit entfernt, auch nicht Demokratie. Und auch sie leidet an Usurpationen. Deshalb besteht, wie Karl Popper zuspitzte, das einzig relevante Problem darin, ob und wie man die Herrschenden wieder loswird.

Vom Kampf der Demoi um mehr Teilhabe an den Modi der Verteilung des Reichtums und am Reichtum selbst bis in unsere Gegenwart und unseren Kämpfen um die heutigen Modi der Verteilung und um den gegenwärtigen Reichtum war ein langer Weg. Auf diesem Weg ist viel vergessen, sehr vieles aber auch absichtlich dem Vergessen überantwortet worden, zumeist (und trivial dazu), weil Geschichte bevorzugt von Siegen und Siegern erzählt und letztere nicht gern erinnert werden, von wo sie kamen und noch weniger, mit welchen Mitteln sie verteilungsmächtig wurden und reich dazu.

Wenn heute im Namen von Demokratie und Freiheit Krieg gegen den Terror geführt wird, erinnert sich vermutlich niemand mehr, dass diese Programmatik selbst dem Aufstand entsprang und das *régime de la terreur* als heilsames Pädagogikum gegen die Konterrevolution gefeiert wurde. Wohl auch nicht, dass *liberté, égalité* und *fraternité* schon vor der Französischen Revolution und Robespierre die unbotmäßige Vision einer sozialverantwortlichen Kirche formulierte (Francois Fénelon), die der Monarchie als ausreichender Grund für die Bastille galt (s. Salignac de la Mothe 1699). Manchmal kann man sich im wirklichen Leben gar nicht so schnell drehen, wie aus Staatsfeinden Revolutionäre, daraus Terroristen und daraus wieder Staatsmänner und Verbündete werden.

Als Deutscher muss man gleichwohl innehalten. Der Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 und die Nürnberger Prozesse lehren, dass es nicht nur darum geht, wie man falsche Herrschaft loswird, sondern auch, dass mehr nötig ist als ein Sieg, um dauerhaft und tragfähig Frieden

geworfen hätten. Ein Jahr später wird nachgewiesen, dass es sich um eine Inszenierung im Rahmen einer 10 Millionen Dollar teuren Kampagne Kuweits gehandelt hatte, die dazu dienen sollte, die USA zum Kriegseintritt zu bewegen.

(<http://www.arbeiterfotografie.com/galerie/kein-krieg/hintergrund/index-manipulation-9-11-0001.html>)

stiften und Feindschaft beenden zu können. Aus dieser Perspektive gewinnt der gegenwärtige Prozess gegen Saddam Hussein beinahe antipodische Qualität, mehr noch die Weigerung Amerikas, die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu ratifizieren. Hier gewinnt der Unbelehrbaren Lieblingswort tragische Aktualität: „Siegerjustiz“ hilft nicht der Gerechtigkeit zum Sieg, sondern verspielt die Chance zur Befriedung.

Über solche Probleme konnten die alten Europäer lange grübeln, zwischen Augsburger Religionsfrieden 1555, Edikt von Nantes 1598 und Westfälischem Frieden 1648. Seit dem aber weiß man schon vor jedem Schädelspalten, dass die Übrigbleibenden danach desto verträglicher miteinander auskommen müssen, desto brachialer ihre wechselseitigen Verheerungen vorher waren. Handelt man zuwider, keimt schon der nächste Verteilungskampf, Schädelspalten inklusive. Auch diese Lektion ist sehr europäisch, wenngleich unbegrenzt von Raum und Zeit. Mehrheitlich gilt Verzicht als inakzeptabel, galt „Verzichtfrieden“ lange vor Versailles als so unerträglich, dass man lieber auf Frieden verzichtete. Ganze Völker und Kontinente „schlidderten“ so in Kriege, die immer aufs Neue verteilen sollten, was schon zuvor nicht geteilt werden wollte. Unsere heutigen Konflikte sind das Ergebnis solcher Welt-Verteilungen und es ist nicht ohne Ironie, dass die größten Umverteilungsversuche zum größt- und längstmöglichen Unfrieden führten. An den Erbschaften des britischen Empire leidet heute die ganze Welt, am explosivsten im Nahen und Mittleren Osten. Im 21. Jahrhundert wäre es an der Zeit, die Konflikte dadurch zu beenden, dass man endlich gerecht teilt, statt ungerechten Verteilungen nur weitere Umverteilungen und neue Ungerechtigkeiten folgen zu lassen.

Aber auch das wissen wir längst. Andererseits, was bliebe übrig, wenn man gerecht teilte? Schon die Frage lässt schaudern – und beherzt zum Ausweg greifen. Seit Jahrzehnten wird über Verfahren und die Zulassung zu diesen Verfahren diskutiert; – die Vereinten Nationen sind das Archiv solcher Aus- und Umwege, zugleich aber auch Versuchslabor und Zukunftswerkstatt in einem. Am Ende werden wir alle nicht um die Einsicht in das Notwendige herum kommen – oder umkommen. Bislang wird beides nach Kräften vertagt. Allerdings werden uns die *peace-enforcing-missions* erst die Glaubwürdigkeit und dann den Kopf kosten, sofern sie nur helfen, ein gerechtes Teilen zu ersparen. (Insofern wird tatsächlich *unsere* Freiheit am Hindukusch verteidigt.)

Unser historischer terroristischer Arm, der uns durch Revolution an die Macht brachte, überzeugte durch andere Einsätze. Sie propagierten nicht, sondern demonstrierten, dass durch die Anwendung von Vernunft das zum Verteilen Nötige in Überfluss erzeugt werden kann. Das war die Überzeugungstat gegen Adel und Klerus: Produktivität durch Wissenschaft. Die neuen Stände erzeugten das zum Leben Notwendige selbst, während die alte Standesgesellschaft als Bande von Schmarotzern erschien, die nichts besaß als Boden, – doch blieb er nackte Krume ohne jene, die ihr Frucht abgewannen. Den langen Weg hin zu dieser Überzeugung haben Paul Hazard (1990) als Entstehung des „Europäischen Geistes“ und Franz Borkenau (1934) als Entstehung des „bürgerlichen Weltbildes“ trefflich analysiert.

Worauf die neue Produktivität gründet, war anfangs das einende Band: Auf Arbeit und Wissen. Wem der Reichtum gehört, war schnell umstritten. Denen, die ihn schaffen – lautete zumindest der Traum der frühen Sozialisten. Derweil ihn schon jene aneigneten, die Arbeit und Wissen finanzierten. Man lese nur die Protokolle der Royal Society, vor der James Watt um Wagniskapital bettelte und kühl beschieden wurde, dass ein *return on investment* nicht absehbar sei. Heute geht es, wie Meinhard Miegel (2005) aufzeigt, nur noch um die Spekulation auf schnelle, lukrative *returns*, steigert das ökonomische Wachstum nicht mehr den Wohlstand der

Nationen. Sie verarmen in dem Maße, wie Produktivität allein dem Ausschluss der Produzenten erwächst. Für die Aufrechterhaltung der gesamten deutschen Volkswirtschaft genügen inzwischen weniger als 18 Millionen Arbeitende – bei einer derzeitigen Auslastung von weniger als 68 Prozent. Angesichts solcher Daten ist die Phrase vom Wachstum, das Arbeitsplätze schafft, längst eine alberne Absurdität.

Ist der europäische Geist am Ende, das bürgerliche Weltbild entzaubert? Rückt Europa, wie es Rumsfeld prognostizierte, nach Osten, weil dort ein neues Weltbild entsteht? Schaut man nach Polen, ins Baltikum oder in die Ukraine, so lässt sich dort weder ein Gegenbild zu noch ein neues Bild von Europa entdecken. Historisch fühlen sich diese Länder „europäischer“ als ihre geographische Lage vermuten lässt. Geht man weiter, Richtung Russland, so ist weder Produktivität noch Verteilungsgerechtigkeit zu entdecken. Und was findet sich in Richtung Türkei, die die USA massiv einschließt, wenn von „Erweiterung“ gesprochen wird? Für manchen Europäer eine eher bedrohliche Reproduktivität, Begehrlichkeiten nach Umverteilung (als Mischung aus Regionalfonds und Agrarsubventionen) und ein Geist, den zu integrieren sich die meisten nicht wagen, weil sie ihn so sehr fürchten.

Was also ist mit Europa los? Hat Donald Rumsfeld am Ende Recht? Ist Europa zur Erneuerung unfähig, nur noch ein ängstlich auf Bestandssicherung schielender Riese, dem Lenden- und Geisteskräfte schwinden?

Selbst diese Fragen sind nicht neu. Sie beschäftigten alle Zivilisationen und sie führten zu vielerlei Antworten über Aufstieg und Fall großer Mächte und Reiche (s. Kennedy 1989; Seek 2000). Ob das alte Europa, das Abendland, untergeht, steht dennoch dahin. Das Modell war so erfolgreich, dass es die Welt erobert hat und alternativlos nach den letzten Ressourcen jagt, die in Akten „schöpferischer Zerstörung“ (Schumpeter) einverleibt werden können, bis auch sie verschwunden sind. Die großen europäischen Errungenschaften bleiben dabei auf der Strecke: Produktivität und ein gerechter Modus ihrer Verteilung. Inzwischen stehen beide zunehmend auch bei den breiten Schichten in Zweifel. Produktivität mehrt nicht mehr Wohlstand und gibt nicht mehr Arbeit, Demokratie versinkt in Usurpation und löst ihr originäres Regulationsversprechen immer weniger ein.

Das Regulationsversprechen bestand darin, dass jedes Mitglied sowohl an den Modi des Verteilens als auch an dem zu Verteilenden rechtens und gerecht partizipieren kann. Das erste sollte durch allgemeine, gleiche und freie Wahlen, das zweite durch sozial- und wohlfahrtliche Umverteilungen erreicht werden. Die Umverteilungsmodi wurzelten allesamt in gemeinschaftlichen Werten: Geholfen werden sollte jenen, die durch Unglück, Krankheit oder unverschuldete Not der Unterstützung bedürfen. Dass längst Millionen Unterstützung brauchen, die sich selbst ernähren könnten, wenn es für sie Arbeit gäbe, sah dieser Gedanke weder vor noch voraus. Heraus kommt wechselseitige Beschädigung. Bei den Menschen, die herausfallen aus Erwerb und Erwerbssystem und beim System, das immer weniger kann, was zu können es vorgibt. Das hielten bislang kein System und kein Volk auf Dauer durch.

Statt aber die Zeiger der Uhr auf Gespensterstunde zu stellen und mit Weimar und dem Marsch nach Rechts bis in den Faschismus zu drohen, könnte auch einmal anders reagiert und darüber nachgedacht werden, ob nicht womöglich die Bestandskrise gegenwärtiger Demokratie nicht auch zum Positiven führen könnte, zur Demokratie nach der Demokratie, zur „Überdemokratie“. Man hört Nietzsches kynisches Gelächter, damals, als er seine Zeitgenossen fragte, ob sie allen Ernstes glauben, dass die Evolution bei ihnen aufhört?

Genau so wird uns Heutigen "Demokratie" entzeitigt: als höchste und endgültige Stufe der politischen Evolution. Das aber ist ebenso lächerlich wie die Annahme, dass der Mensch die höchste und endgültige Stufe der biologischen Evolution sei. Nein, es geht weiter und wir täten gut daran, die politische Evolution mit Bedacht und Sorgfalt voranzutreiben. Was könnte "Überdemokratie" werden? Was hätte die nach uns kommende Demokratie zu sein und vor allem: Was hätte sie zu regulieren?

Man muss weit zurückgehen, um voran zu kommen. Und man muss Erbschaften antreten und Durchmischungen zulassen. Dass es gerecht zugehe auf der Welt, wünschen sich im Prinzip alle. Den gerechtesten Regulationsmechanismus findet man im Philosophischen Probabilismus des Bartholomé von Medina (1577); er wurde zentraler Bestandteil der katholischen Morallehre (bis hin zu Fenélon), hatte aber auch eine hohe Schnittmenge mit den Erwägungsregeln des Koran sowie mit dessen Zins- bzw. Wucherverbot. (Von dort aus sollte man wieder einmal über ethisches Investieren nachdenken und über die Verantwortung von Eigentum.)

Der philosophische Probabilismus (vgl. Giegerenzer 2004; 1989) diente der Formulierung so genannter „probabler“, also wohl erwogener Begründungen für ein beabsichtigtes Handeln. Ein Entscheiden und Handeln ohne probable Gründe war gleichbedeutend mit Sünde. "Hamartia" war die Abweichung vom Richtigen und Guten. Nicht probabel handelten Abenteurer, Hazardeure, Glücksritter und Spekulanten; sie tendierten zum Betrug und schlossen sogar Pakte mit dem Teufel.

Im Prinzip diente dieser religiös konstituierte Regulationsmodus der Wagnismoderation (dazu Dombrowsky 2005). Bei Unsicherheit über den Ausgang einer Entscheidung oder Handlung dürfen deren Folgen nicht unüberstehbar sein. Wagnisse, denen die Schutzbefohlenen, also das „ganze Haus“ und sein Vermögen zum Opfer fallen könnten, waren zu Recht inakzeptabel und erschienen als Todsünde. Von daher zielte die Abwägung von Wagnissen darauf ab, das Maß gegenseitiger und gemeinsamer Belastbarkeit vorab zu ermessen und zugleich den Eventualfall in Form eines "gegenseitigen Beistandspaktes" zu verfriedlichen: Wir wagen, aber wir wagen wohlerwogen. Dabei erschöpfte sich das vor Gott verantwortliche Abwägen nicht in moralischem Beistand, sondern in materieller Absicherung, indem Vorkehrungen gegenüber schädlichen Handlungsfolgen vereinbart wurden. Das Verfahren selbst war streng konsensual; erst wenn alle potenziell Betroffenen in das Wagnis einwilligten, konnte es eingegangen werden.

Das Konsensusprinzip zwang dazu, mit Entscheidungen so lange zu warten, bis auch der letzte überzeugt war. Dies erscheint bei Entscheidungen über Wohl und Wehe, Leben und Tod, mehr als angemessen. Strukturell wohnt dem Konsensusprinzip die Entschleunigung inne. Vermutlich sind die meisten Heißsporne abgekühlt, bis endlich der Letzte einem Wagnis zustimmt, während umgekehrt eine Chance schon extrem überzeugend sein musste, damit auch der sprichwörtlich Letzte zu einer sofortigen Entscheidung drängte. Demgegenüber ist das Mehrheitsprinzip strukturell ein Beschleuniger. Zur Entscheidung reichen 51 Prozent, zudem werden sich die widerborstigsten Bedenkenträger immer am Ende der verbleibenden 49 finden. Man hat es also sehr viel leichter, Wagnisse eingehen zu können, vor allem dann, wenn man die dadurch winkenden Chancen mit dem Windhundprinzip koppelt: Wer schnell wagt, gewinnt am meisten. Letztlich wurzeln in genau dieser Koppelung von Mehrheits- und Windhundprinzip die größten Anreize für Shift Offs und somit für ein Riskieren, das sich um die verbleibende Hälfte immer weniger kümmert – sei es die nächste Generation, die Natur oder so genannte Minderheiten ohne Lobby.

Für die potentiell von Schaden Betroffenen ist bedeutungslos, ob sie sich an der Ungewissheit eines Wagnisses oder an der Wahrscheinlichkeit eines Risikos beteiligen, für sie zählt allein, ob und wie sie die möglichen Konsequenzen zu überstehen vermögen. Ist dies geklärt und stimmen sie dem Wagnis zu, so steht zu erwarten, dass es im Scheiternsfall nicht zur Störung der sozialen Beziehungen der aufeinander Angewiesenen kommt, sondern sie sich vielmehr Schaden und Leid solidarisch teilen. Dies gilt für alle Ungewissheiten, also auch für Risiken, bei denen die Schadensdrohung nach Maßgabe der vorausgehenden Ereignisse berechenbar erscheint. Insofern lassen sich Risiken kalkulieren und Wagnisse nicht, doch ob man beide eingeht, hängt nicht von einer wie immer gearteten Kalkulierbarkeit ab, sondern von Art und Güte der sozialen Diskurse, in denen Wagnisse wie Risiken bewertet werden sowie der materiellen Vereinbarungen, mit denen man Verluste und Gewinne verteilt.

Genau hier liegt der Irrtum heutiger Politik, weil sie so tut, als könne eine rechnerische Minimalisierung eine Entscheidung begründen und jede politische "Erzählstruktur" mit den je eigenen Bürgern ersetzen. Eher stimmt das Gegenteil. Der Mangel an beratenden Diskursen über Für und Wider und – mehr noch – an absichernden Vereinbarungen über Schadensersatz und Gewinnverteilung, weckt Misstrauen bis zur Risikoaversion. Viele Menschen fühlen sich außer Acht gelassen und glauben, selbst Riskierte zu sein, statt als wert erachtet zu werden, mit ihnen nach probablen Gründen zu suchen und darüber selbst (menschlich) probabel zu werden.

So besehen sind „probable Gründe“ weit mehr als nur Argumente. Es sind Verfahren zur sozialen Friedensstiftung und zur Scheiternsregulierung. Nur wenn beim Eingehen von Wagnissen/Risiken eine Art sozialer Kontrakt zustande kommt, durch den die Folgen von Wagen/Riskieren gemeinsam getragen werden, bleibt der soziale Frieden zwischen denen, die Risiken eingehen und denen, die dadurch zu Schaden kommen könnten, gewahrt. Ohne ein solches risiko-umhegendes Sozial-Kalkül bleiben Risiko-Kalküle nichts anderes als Wahrscheinlichkeitsangaben über die Bereitschaft, Dritte mitzuriskieren. Erst ein Risiko-Kalkül als kollektives Sozial-Kalkül über die probablen Gründe wahrt Moralität und sichert den sozialen Frieden zwischen den beteiligten Parteien. Das aber wäre Demokratie, die ihre Regulierungsversprechen einlöst – mithin erster Schritt hin zur Überdemokratie im 21. Jahrhundert.

Von hier aus knüpft sich eine inhaltlich (nicht historisch) durchgehende Linie zurück zum Prinzip des bonum commune der griechischen Antike. Zusammen mit einer konsensuellen Regulation unter dem Leitprinzip aus "Wohlerwogen" und "Sozialförderlich" könnte sich eine „alteuropäische Sicht“ formen, die der derzeitigen amerikanischen Sicht auf die Welt und deren Verteilungsvorstellungen (vgl. Pfaller 2003) eine hoffnungsvolle Alternative bietet: bonum mundum.

Letzer Ausgang

"Die Moderne", schreibt Michael Lüders (1995:25), "ist Lebensform und Wirtschaftssystem zugleich. Weltweit setzt die technisch-rationale Industriegesellschaft den Maßstab für Entwicklung und Fortschritt. Die entscheidende Frage lautet daher nicht: Wollen wir die Moderne oder sind wir dagegen? Sie ist längst Realität und prägt auch den nahen Osten. Das eigentliche Problem liegt ganz woanders: Wird die arabisch-islamische Welt die Moderne auch weiterhin nur importieren - oder kann sie einen eigenen Beitrag leisten zu Fortschritt und

Entwicklung? Wie kann die arabisch-islamische Welt den Anschluß finden an die Industriegesellschaft westlicher Prägung, ohne ihre kulturelle Identität zu verlieren?“ Ist *das* die Frage? Kommt es auf die Errichtung einer Identitätsbewahrungsstätte für die arabisch-islamische Welt an, eine Art Zoo oder Museum, bei ansonsten ungebrochener Fortsetzung des Siegeszuges einer so verstandenen Moderne? Das wäre der schlimmste Irrtum und das größte Mißverständnis, beide bewahren jedoch davor, die Perspektive zu wechseln und zu erkennen, dass diese Moderne für die ihr Gegenüberstehenden auch nichts anderes ist, als Dschihad und Scharia für uns. Unsere Moderne erobert die Welt, sie pflügt unter, was sich nicht oder nicht mehr vermarkten lässt. Der gegenwärtige “Krieg gegen den Terror” ist das funktionale Äquivalent für den beendeten “Kalten Krieg”. Auch er schottete ab, um die Entstehung von Erzählstrukturen zu verhindern und damit Vertrauen, Verständnis und wechselseitige Inklusionschancen. Der Preis für Exklusion war damals das Risiko nuklearer Annihilierung, heute besteht der Preis in einem Terrorismus, der technisch inzwischen ebenfalls zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen fähig ist. Wir haben die Freiheit, über die Zukunft zu entscheiden und darüber, was uns diese Freiheit wert ist.

Quellen

Adler, Alfred: Menschenkenntnis. Reinbeck bei Hamburg: Fischer TB 1978 (1927)

Adler, Alfred: Vom Sinn des Lebens. Leipzig 1933

Besier, Gergard (unter Mitarbeit von Katarzyna Stoklosa): Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts. München: DVA 2006

Beuthner, Michael/Buttler, Joachim/Fröhlich, Sandra/Neverla, Irene/Weichert, Stephan A. (Hg.): Bilder des Terrors - Terror der Bilder. Krisenberichterstattung am und nach dem 11. September. Köln: Den Herbert von Halem Verlag 2003

Bollmann, Ralph: Lob des Imperiums. Der Untergang Roms und die Zukunft des Westens. Berlin: Verlag wjs/Wolf Jobst Siedler jr. 2006

Bonß, Wolfgang: Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne. Hamburg: Hamburger Edition 1995

Borkenau, Franz: Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild , Paris 1934 (Neudruck Darmstadt 1971)

Chreton, J., “Horrorszenario 2000. Pentagon-Studie sieht rasenden ethnischen und religiösen Haß als Triebfeder globaler Gewalt”, FOCUS Nr. 10 vom 06.03.1995:294, 295

Denninger, Erhard: Menschenrechte und Grundgesetz. Weinheim: Beltz 1994

Denninger, Erhard: Der Präventions-Staat, in: ders. Der gebändigte Leviathan, Baden-Baden: Nomos 1990

Dombrowsky, Wolf R.: Risiko als Ideologem der Moderne. Ökologisches Wirtschaften 4/2005:

27-29

Fallaci, Oriana: Die Wut und der Stolz. Aus dem Italienischen von Paula Cobrace. München: List/Ullstein 2004

Finkenzeller, Karin: Ansturm auf die Festung. Welt am Sonntag Nr. 41 vom 09.10.2005:9

Fisch, Jörg: Unmögliche Begegnung. Für `Krieg gegen Terror´ gibt es keine Rechtsgrundlage. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.08.2002:2

Riedlberger, Peter: Berlusconi will die Völker "okzidentalisisieren und erobern". Der Medienmogul und Chef der italienischen Exekutive betonte während seines Deutschlandbesuchs die "Überlegenheit der abendländischen Kultur". Telepolis (Heise-Verlag, Netzzeitung) 28.09.2001 (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/9/9675/1.html>)

Gall, Insa/Zand-Vakili: Machokultur als Wurzel der Gewalt. Welt am Sonntag Nr. 40 vom 02.10.2005:HH1

Gehring, Urs: Karriere eines Gotteskriegers. Die Welt vom 26.10.2005:10

Geoffrey de Ste. Croix: Athenian Democratic Origins and Other Essays. Ed., by David Harvey and Robert Parker, Oxford: Oxford University Press 2004

Gertz, Bernhard: Befehl und Verweigerung. Süddeutsche Zeitung Nr. 258 vom 09.11.2005:2

Gestrich, Andreas/Raphael, Lutz (Hg.): Inklusion /Exklusion. Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart. Frankfurt/M.: Peter Lang 2004

Gigerenzer, Gerd: Das Einmaleins der Skepsis. Über den richtigen Umgang mit Zahlen und Risiken [Calculated Risks: How to Know When Numbers Deceive You]. Berlin, Btv, 2004.

Gigerenzer, Gerd/Swijtink, Z./Porter, Th./Daston, L./Beatty, J./Krüger, L.: The Empire of Chance. Cambridge: Cambridge Univ. Press 1989

Glucksmann, André: Hass. Die Rückkehr einer elementaren Gewalt. Aus dem Französischen von Bernd Wilczek und Ulla Varchmin. München, Wien: Nagel und Kirnche Verlag 2005

Hazard, Paul: The European Mind, 1680-1715, Fordham University Press, 1990

Jüngling, Thomas: Alltag als Fundgrube für Datensammler. Welt am Sonntag Nr. 5 vom 16.01.2005:32-33

Kakar, Sudhir/Kakar, Katharina: Die Inder. Portrait einer Gesellschaft. München: C.H. Beck 2006

Kelsen, Hans: Vergeltung und Kausalität. Mit einer Einleitung von E. Topitsch. "Vergessene Denker - Vergessene Werke", Klassische Studien zur sozialwissenschaftlichen Theorie, zur Weltanschauungslehre und zur Wissenschaftsforschung, Bd. 1, hrsg.v. K. Acham. Wien/Köln/Graz: Hermann Böhlau Nachf. 1982

Kennedy, Paul: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Aus dem Englischen von C. Jurisch. Frankfurt/M.: Fischer 1989

Kreye, Andrian: Aufstand der Ghettos. Brixton, Los Angeles, Paris: Die Unruhen in den Banlieues und ihre Vorläufer. Süddeutsche Zeitung Nr. 259 vom 10.11.2005:11

Lüders, M.: Mit dem Koran in die Moderne, DIE ZEIT Nr. 52 vom 22.12.1995:25,26

Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bde. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1997

Mak, Geert: Der Mord an Theo van Gogh. Geschichte ein moralischen Panik. Frankfurt/M.: Suhrkamp 2005

Miegel, Meinhard: Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft? Berlin: Propyläen Verlag 2005

Pfaller, Alfred: Was kann Europa tun, wenn Amerika tut, was es will? Friedrich-Ebert-Stiftung, Electronic ed.: Bonn : FES Library, 2003 (<http://library.fes.de/fulltext/id/01480.htm>)

Pfeiffer, Christian: Juvenile Crime and Violence in Europe. In: Crime and Justice - A Review of Research. Volume 23, 1998. The University of Chicago

Pfeiffer, C./Wetzels, P. (2000) Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt. (KFN-Forschungsbericht Nr. 81)

Prantl, Heribert: Menschenopfer für die Sicherheit. Süddeutsche Zeitung Nr. 258 vom 09.11.2005:2 (a)

Prantl, Heribert: Lasst alle Hoffnung fahren. Das Abschussgesetz: Flugzeuge als Kriegsrechtsgebiet. Süddeutsche Zeitung Nr. 259 vom 10.11.2005:11 (b)

Salignac de la Mothe, François de: Die Abenteuer des Telemachus, Paris 1699

Schäfer, Christoph: Kleopatra. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 2006

Schenk, Dieter: Der Chef. Horst Herold und das BKA. Hamburg: Hoffmann und Campe 1998 (Taschenbuchausgabe München: Goldmann 2000)

Schuller, Wolfgang: Kleopatra - Königin in drei Kulturen. Eine Biographie. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt 2006

Seeck, Otto: Geschichte des Untergangs der antiken Welt. 6 Bde. Darmstadt: Primus Verlag 2000

Sen, Amartya: Identity and Violence. The Illusion of Destiny. New York: Norton & Company 2006

Sennett, Richard: Der flexible Mensch. Die Klultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag 1998

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. 2 Bde. Band 1: "Gestalt und Wirklichkeit" Wien 1918, Band 2: "Welthistorische Perspektiven" München 1922

St. Croix, Geoffrey de: Athenian Democratic Origins and Other Essays. Ed., by David Harvey and Robert Parker, Oxford: Oxford University Press 2004

Stichweh, Rudolf: Inklusion/Exklusion, funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft. Soziale Systeme 3, 1997, 123-136

Stichweh, Rudolf: Inklusion in Funktionssysteme der modernen Gesellschaft. S. 261-293 in: Renate Mayntz et al., Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme. Frankfurt/M.: Campus 1988

Zekri, Sonja: Der unheimliche Code. Süddeutsche Zeitung Nr. 259 vom 10.11.2005:11

Ziegler, Jean: "Während wir hier reden, wachsen ohne Unterlass Leichenberge", Stern-Interview, Der Stern Nr. 49 vom 01.12.2005:58-64

Ziegler, Jean: Das Imperium der Schande. München: Random House/Bertelsmann 2005